



05.04.2023

Ausbildung von 3000 Kommissaranwärtern funktioniert nur mit mehr Lehrenden, mehr Sachmitteln und zusätzlichen Räumen

Düsseldorf. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt die Entscheidung von Innenminister Herbert Reul (CDU), dass sich junge Menschen noch bis Ende Mai bewerben können, um bereits in diesem Jahr ihre Ausbildung bei der Polizei zu beginnen. Die GdP fordert aber, dass gleichzeitig auch die Ausbildungskapazitäten bei der Polizei an den gestiegenen Bedarf angepasst werden. „Dass Reul alles macht, um die versprochene Einstellung von 3000 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern pro Jahr zu erreichen, stärkt die Innere Sicherheit“, betont GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. „Aber die Polizeibehörden müssen auch in die Lage versetzt werden, die zusätzlichen Anwärter auszubilden. Und da fehlt es an allem, sowohl bei der notwendigen Zahl der Dozenten und Tutoren, als auch bei den Sachmitteln.“

Wie angespannt die Situation bereits jetzt ist, zeigen aktuelle Beispiele: Für Kommissaranwärter, die ein Einsatztraining durchlaufen, fehlen die erforderlichen Rotwaffen. Soll der Funkverkehr geübt werden, stehen nicht genügend Funkgeräte zur Verfügung. Selbst Computer sind immer wieder Mangelware. Die Defizite betreffen alle drei Ausbildungsträger der Polizei – die Hochschule der Polizei, in der den Nachwuchspolizisten das notwendige theoretische Rüstzeug vermittelt wird, das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP), in dem konkrete Einsatzsituationen trainiert werden, und die Ausbildungsbehörden, wo die Nachwuchspolizisten ihr zuvor erworbenes Wissen unter Anleitung in echten Einsatzsituationen anwenden.

Hinzu kommt, dass alle drei Ausbildungsträger unter einem extremen Personalmangel leiden. Die Folge: Die Kursgrößen für die Kommissaranwärter wurden in den letzten Jahren immer wieder erhöht, die Übungsmöglichkeiten reduziert und die Betreuungskapazitäten für die Praktika immer mehr eingeschränkt. Diese Situation wird sich durch Einstellung von zusätzlichen Anwärtern weiter verschärfen, weil Reul weder die Stellen für die Ausbilder noch die Sachmittel an den gestiegenen Bedarf anpassen will.

Die GdP fürchtet deshalb, dass die Dropout-Quote bei der Polizei weiter steigen wird. „Schon jetzt schließen 17 Prozent der Nachwuchspolizisten ihre Ausbildung nicht ab. Geht die Zahl durch schlechtere Rahmenbedingungen weiter nach oben, haben wir von den zusätzlichen Neueinstellungen nichts“, sagt Mertens. „Außerdem hat die Polizei auch eine Verpflichtung gegenüber den jungen Menschen, die zu ihr kommen. Wer Polizist wird, muss darauf vertrauen können, dass er optimal ausgebildet wird. Das können wir unter den jetzigen Bedingungen nicht gewährleisten“, sagt Mertens. „Deshalb müssen die personellen Ressourcen und die Sachmittel für die Nachwuchsausbildung umgehend an den Bedarf angepasst werden.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Pressekontakt:

Stephan Hegger Tel. 0211-29 10 132
mobil 0172 / 27 74 715

Düsseldorf:

Gudastraße 5 - 7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 29 10 1 - 0
Telefax: (02 11) 29 10 14 6